

Fragen

**für die Fragestunde der 162. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 28. Mai 2008**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Marieluise (Bremen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 37	Koppelin, Jürgen (FDP)	27, 28
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39	Kurth, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 9
Claus, Roland (DIE LINKE.)	32, 33	Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.)	38, 44
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	46, 47	Mücke, Jan (FDP)	18
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34, 35
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	4, 5	Pau, Petra (DIE LINKE.)	3, 45
Dr. Geisen, Edmund Peter (FDP)	24	Pieper, Cornelia (FDP)	48, 49
Dr. Happach-Kasan, Christel (FDP)	25, 26	Reinke, Elke (DIE LINKE.)	14, 15
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12	Rohde, Jörg (FDP)	7
Hettlich, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 20	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	30, 31
Hirsch, Cornelia (DIE LINKE.)	6, 13	Steenblock, Rainer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	29
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 50	Stokar von Neuforn, Silke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 41
Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23	Wieland, Wolfgang (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 43
Dr. Kolb, Heinrich L. (FDP)	16, 17	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	10, 11

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	8
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	9
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	13

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Technologie**

1. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Erdölpreise für 2010 und 2020 werden für die aktuelle Energiestrategie der Bundesregierung und die ihr zugrunde liegenden Studien zugrunde gelegt, und mit welchen Erdölpreisen rechnet die Bundesregierung für 2010 und 2020?

2. Abgeordneter
**Hans-Josef
Fell**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Entwicklung erwartet die Bundesregierung für das globale Angebot von Erdöl (Rohöl und Kondensate) bis zum Jahr 2010, 2015, 2020 und 2030, und wird sich die Bundesregierung in Brüssel dafür einsetzen, dass Autos, die von deutschen Automobilherstellern erzeugt werden, zukünftig möglichst wenig Benzin und Diesel verbrauchen dürfen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

3. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(DIE LINKE.) Trifft es zu, dass am Freitag, den 16. Mai 2008 in dem Zeitraum von ca. 9.25 Uhr bis 9.40 Uhr zwei Jagdflugzeuge der Bundeswehr das Stadtgebiet Schwerin (Ortsteil Carlshöhe) und das EU-Vogelschutz-Habitat mehrmals überflogen haben, und wenn ja, warum geschah dies (bitte auch gesetzliche Grundlage, Auftrag und auftraggebende Stelle angeben)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

4. Abgeordneter
**Kai
Gehring**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Inwiefern plant die Bundesregierung den Empfehlungen der Enquete-Kommission Kultur in Deutschland nachzukommen, „die Zahl der Plätze im Freiwilligen Sozialen Jahr Kultur um ein Vielfaches zu erhöhen und die Förderpauschale entsprechend des Freiwilligen Ökologischen Jahres anzuheben“?

5. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, dass das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend dem Antrag der Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung e. V. auf Förderung von 621 Plätzen des Freiwilligen Sozialen Jahres Kultur ab September 2008 nicht entsprechen will, und wenn ja, warum?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

6. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)
- Um wie viel Prozent sollen in den nächsten Jahren nach den Planungen der Bundesregierung die bildungspolitischen Ausgaben steigen, nachdem für die forschungspolitischen Ausgaben in diesem Jahr eine Erhöhung auf 2,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts vorgesehen ist (vgl. die tageszeitung vom 22. Mai 2008)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

7. Abgeordneter
Jörg Rohde
(FDP)
- Wird die Bundesregierung für den Fall, dass sich herausstellen sollte, dass der Anwendungsbereich der für den Juni zu erwartenden Anti-Diskriminierungsrichtlinie der Europäischen Kommission über das hinausgeht, was in der Bundesrepublik Deutschland für Menschen mit Behinderung bereits durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) geregelt wurde, weiterhin der neuen Richtlinie nicht zustimmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

8. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen hat der Bundesminister für Arbeit und Soziales im Entwurf des 3. Armuts- und Reichtumsberichts die Ermittlung der Armutsquoten auf der Basis des Sozioökonomischen Panels (SOEP) nur im Anhang aufgeführt und einen direkten Vergleich der Daten des SOEP mit den der EU-SILC im Bericht vermieden?

9. Abgeordneter
Markus Kurth
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der in dem Entwurf zum Armuts- und Reichtumsbericht festgestellte Rückgang der Kinderarmutsquote in 2005 auf 12 Prozent zu erklären, während der 2. Armuts- und Reichtumsbericht noch einen Anstieg der Kinderarmutsquote von 13,8 Prozent in 1998 auf 15 Prozent in 2003 aufweist und seither die Zahl der Kinder unter 15 Jahren, deren Eltern im Hartz-IV-Bezug sind, von 1,4 Millionen im Januar 2005 auf rund 1,8 Millionen im Dezember 2007 gestiegen ist, also der Trend zu wachsender Kinderarmut seit Jahren anhält?
10. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Wie hoch ist in den einzelnen Bundesländern die relative und absolute Zahl der Haushalte mit Kindern, die unterhalb der im neuen Armutsbericht genannten Armutsgrenze leben?
11. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Wie hoch ist in den einzelnen Bundesländern der Anteil der Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften mit Kindern an der Gesamtzahl der Bedarfsgemeinschaften, und wie hoch sind die finanziellen Transferleistungen in den jeweiligen Bundesländern an die Bedarfsgemeinschaften mit Kindern?
12. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie begründet die Bundesregierung, dass sie meine schriftliche Frage vom Mai 2008 (siehe Bundestagsdrucksache 16/9249): „Wie bewertet die Bundesregierung die Forderung der unionsgeführten Länder, einen Mehrbedarfstatbestand von 1,40 Euro pro Tag für die Mittagsverpflegung von Schülerinnen und Schülern, die nachmittags an Ganztagschulen Angebote wahrnehmen, sowie für Kinder in Tageseinrichtungen anzuerkennen, und teilt die Bundesregierung die Auffassung der unionsgeführten Länder, dass die entstehenden Kosten durch eine Erhöhung der Regelsätze für Kinder und Jugendliche vom Bund zu übernehmen sind?“, nur mit dem Hinweis, dass sie die Diskussion im Bundesrat verfolgt, beantwortet, ohne die geforderte Einschätzung und Bewertung vorzunehmen?
13. Abgeordnete
Cornelia Hirsch
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung den am 22. Mai 2008 vorgestellten EU-Sozialbericht, und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?

14. Abgeordnete
Elke Reinke
(DIE LINKE.)
- Ist der Bundesregierung bekannt, unter welchen Voraussetzungen Reisekosten für Nichtleistungsbeziehende, die bei der zuständigen Agentur für Arbeit ihrer monatlichen Meldepflicht nachkommen müssen, übernommen werden, und wie schätzt die Bundesregierung die Tatsache ein, dass Menschen, die von der Agentur keine Leistungen erhalten, Reisekosten bis 6 Euro selbst tragen müssen?
15. Abgeordnete
Elke Reinke
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die in jüngster Zeit gängige Praxis, dass Nichtleistungsbeziehende in Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit gedrängt werden und dabei ihre Zusatztätigkeit (geringfügige Beschäftigung etc.) aufgeben müssen oder diese nur behalten können, wenn sie freiwillige Eigenbeiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen, dafür aber nicht mehr als arbeitslos/arbetsuchend geführt werden und somit aus der Erwerbslosenstatistik fallen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

16. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(FDP)
- Ist es zutreffend, dass auf der Bundesautobahn 3 im Tunnel bei Hösbach zeitweise (so z. B. am 13. Mai 2008) eine Blockabfertigung des Verkehrs erfolgt?
17. Abgeordneter
Dr. Heinrich L. Kolb
(FDP)
- Wenn ja, wer ordnet diese Maßnahme jeweils an, und nach welchen Kriterien erfolgt die Anordnung?
18. Abgeordneter
Jan Mücke
(FDP)
- Inwieweit wurde – in Kenntnis der Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Karin Roth, auf meine Frage vom 8. Mai 2008 (siehe Bundestagsdrucksache 16/9249) sowie der Tatsache, dass darin nicht nach Zuständigkeiten gefragt wurde, sondern danach, ob die angesprochenen Prüfungen tatsächlich stattfanden – im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung geprüft, ob Teile des abgeschlossenen Planfeststellungsverfahrens „Neubau des Verkehrszuges Waldschlößchenbrücke“ in Dresden im Rahmen eines für

die derzeit diskutierte Untertunnelung des Elbtals notwendig werdenden Planänderungsverfahrens genutzt werden könnten, und zu welchen Ergebnissen ist man diesbezüglich gekommen?

19. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Effektivität der Kontrollen der EnEV-Standards (EnEV: Energieeinsparverordnung) durch die Bezirksschornsteinfegermeister angesichts der Möglichkeit, dass sich die Hauseigentümer und Bauunternehmen nach den §§ 26a und 26b der neuen EnEV selbst bescheinigen können, dass sie die EnEV-Auflagen erfüllt haben?
20. Abgeordneter
Peter Hettlich
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viel CO₂-Minderung erwartet die Bundesregierung nach der Herausnahme der Ein- und Zweifamilienhäuser aus der EnEV-Nachrüstverpflichtung im Vergleich zu den CO₂-Minderungserwartungen bei bestehenbleibender EnEV-Nachrüstverpflichtung für diese Häuser, und wie soll die nun geminderte CO₂-Einsparung kompensiert werden?
21. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche CO₂-Einsparung wollte die Bundesregierung im Rahmen ihres Integrierten Klima- und Energiepaketes durch die Maßnahme erreichen, Mietern ein Recht zur Mietminderung einzuräumen, wenn ihre Heizkosten infolge der ungenügenden energetischen Sanierung der Mietwohnung überhöht sind, und durch welche kompensatorischen Maßnahmen soll die Lücke geschlossen werden, die dadurch entsteht, dass diese Maßnahme nun nicht umgesetzt werden wird?
22. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der aktuelle Sachstand bei der vom Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vor nunmehr fast einem Jahr vorgeschlagenen Einrichtung einer Pilotstrecke zur Fahrradmitnahme im ICE, und über welche greifbaren Ergebnisse der Verhandlungen mit der Deutschen Bahn AG kann die Bundesregierung berichten?
23. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit ist der Bundesregierung bekannt, ob die zur Ausschreibung gelangten HGV-Triebzüge der Deutschen Bahn AG für die Fahrradmitnahme ausgerüstet sein werden, und was hat die Bundesregierung gegebenenfalls dazu beigetragen?

24. Abgeordneter
Dr. Edmund Peter Geisen
(FDP)
- Inwieweit sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit der Zulassung von Fahrzeugen zur Ausübung der imkerlichen Tätigkeit als landwirtschaftliche Fahrzeuge, um die hohen Betriebskosten eines Imkers vor dem Hintergrund der schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen der Branche zu senken?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

25. Abgeordnete
Dr. Christel Happach-Kasan
(FDP)
- Trifft es zu, dass die USA nicht zu den Vertragsstaaten der UN-Biodiversitätskonferenz (CBD) gehören, gleichwohl aber in die Erarbeitung der Vertragstexte eingebunden sind und auf ihre Ausgestaltung Einfluss nehmen, und wenn ja, teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die USA damit Einfluss nehmen auf Vertragstexte, denen sie selbst nicht verpflichtet sind?
26. Abgeordnete
Dr. Christel Happach-Kasan
(FDP)
- Ist es richtig, dass Unternehmen mit Firmensitz in den USA nicht an die Vertragstexte der CBD gebunden sind, während Unternehmen mit Firmensitz in Deutschland, das zu den Vertragsstaaten gehört, an die Einhaltung der Verträge gebunden sind, und bedeutet dies nach Einschätzung der Bundesregierung ein Wettbewerbshindernis für Unternehmen mit Firmensitz in Deutschland, die weltweit mit amerikanischen Unternehmen konkurrieren?
27. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP)
- Trifft es zu, dass der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel, in Oldenburg (Kreis Ostholstein) erklärt hat, eine feste Fehmarnbelt-Querung sei eine „bekloppte Idee“ (Lübecker Nachrichten vom 20. Mai 2008)?
28. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(FDP)
- Trifft es zu, dass Befürworter der Fehmarnbelt-Querung nach Auffassung von Bundesminister Sigmar Gabriel „dänische Interessen“ vertreten (Lübecker Nachrichten vom 20. Mai 2008)?

29. Abgeordneter
Rainer Steenblock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Äußerungen des Bundesministers Sigmar Gabriel im Vorfeld einer Wahlkampfveranstaltung am 15. Mai 2008 im schleswig-holsteinischen Oldenburg, das geplante Verkehrsprojekt einer Brücke über den Fehmarnbelt sei eine „beklopte Idee“, und er frage sich, „was ausgerechnet einen Landesminister wie Herrn Austermann dazu veranlasst, hier dänische Interessen zu vertreten“?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

30. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Inwieweit ist aus Sicht der Bundesregierung die Arbeit der sorbischen Institutionen Sorbisches Institut, Deutsch-Sorbisches Volkstheater, Sorbisches Nationalensemble, Domowina-Verlag, WITAJ-Sprachzentrum, Stiftung für das sorbische Volk unverzichtbar für den Erhalt und die Pflege der sorbischen Kultur und Sprache?
31. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Was ist aus Sicht der Bundesregierung noch erforderlich, um die Sperrung von Mitteln des Bundeshaushaltes 2008 für die Stiftung für das sorbische Volk aufzuheben?
32. Abgeordneter
Roland Claus
(DIE LINKE.)
- Was unternimmt die Bundesregierung zur langfristigen Sicherung der sorbischen Sprach-, Kunst- und Kulturlandschaft, insbesondere durch Förderung der sorbischen Sprache und Kultur auf Projekt- und Institutionsebene?
33. Abgeordneter
Roland Claus
(DIE LINKE.)
- Was ist aus Sicht der Bundesregierung noch erforderlich, um (nachdem das Finanzierungsabkommen zwischen Bund und den Ländern Brandenburg und Sachsen am 31. Dezember 2007 auslief) ein neues Finanzierungsabkommen, welches die Förderung der sorbischen Sprache und Kultur auf Projekt- und Institutionsebene langfristig und in auskömmlicher Höhe garantiert, abzuschließen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

34. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den Grund der Inhaftierung, den Aufenthaltsort und den Gesundheitszustand der beiden in China inhaftierten Angehörigen der uigurischen Minderheit, Alim und Ablikim A.?
35. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was unternimmt die Bundesregierung gegen die Menschenrechtsverletzungen und Repressionen, denen die Angehörigen der uigurischen Minderheit in der Volksrepublik China ausgesetzt sind?
36. Abgeordnete
Marieluise Beck
(Bremen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Gründe sind der Bundesregierung bekannt, warum, nachdem die Europäische Kommission im September 2007 Abkommen über Visaerleichterungen mit allen Staaten des westlichen Balkans ausgehandelt hat und diese im Januar 2008 in Kraft getreten sind, der im November 2007 für jeden der Balkanstaaten angekündigte Dialog für eine Aufhebung der Visumpflicht mit Serbien bereits im Januar 2008 begonnen und der entsprechende Fahrplan am 24. April 2008 beschlossen wurde, der Dialog mit Bosnien-Herzegowina dagegen erst am 26. Mai 2008 beginnen soll?
37. Abgeordnete
Marieluise Beck
(Bremen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sieht die Bundesregierung die Maßnahmen zur Visumerleichterung, wie der am 6. Mai 2008 angekündigte, weitgehende Verzicht auf Visumgebühren für serbische Staatsbürger und die am 7. Mai 2008 an Serbien übergebene „Roadmap“ zur Abschaffung der Visumpflicht, als geeignetes Mittel zur europäischen Ausrichtung des Landes, und falls ja, ist die Bundesregierung der Meinung, dass Visumerleichterungen und damit die Förderung des Austauschs generell ein geeignetes Mittel darstellt, um eine europäische Ausrichtung der Gesellschaften der EU-Nachbarländer zu unterstützen?
38. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)
- Mit welchen Nichtregierungsorganisationen – neben dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) – hat das Auswärtige Amt noch Vereinbarungen getroffen, um Referentenstellen in Botschaften zu besetzen, und welche Gründe gibt es dafür, dass in der Botschaft in Peking und Tokio ausschließlich DAX-Unternehmen vertreten sind und kein einziger Vertreter eines mittelständischen Unternehmens?

39. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat die Bundesregierung nach den jüngsten Ausschreitungen in Italien gegen Roma an die italienische Regierung appelliert, die Vorfälle aufzuklären, besseren Schutz der Roma zu gewährleisten und Maßnahmen gegen die gravierende Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung gegenüber Roma in Italien vorzunehmen, und wenn nein, plant die Bundesregierung dies gegenüber der italienischen Regierung noch zu tun?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

40. Abgeordnete
Silke Stokar von Neuforn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie will die Bundesregierung bei der in Planung befindlichen zentralen Abhöreinrichtung („Aufbau eines Kompetenz- und Servicezentrums für die Telekommunikationsüberwachung im Geschäftsbereich des BMI“, vgl. Schreiben des Staatssekretärs im Bundesministerium des Innern, Dr. August Hanning, an den Vorsitzenden des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, Sebastian Edathy, vom 11. März 2008) gewährleisten, dass – wie es nach den Grundsätzen des geltenden Datenschutzrechts geboten ist – keine zentrale Speicherung von Daten stattfindet?
41. Abgeordnete
Silke Stokar von Neuforn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Pläne hat die Bundesregierung mit der zentralen Abhöreinrichtung, betreffend die Beteiligung der Bundesländer?
42. Abgeordneter
Wolfgang Wieland
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Telekommunikationsüberwachungsaufgaben soll das im Aufbau befindliche „Service- und Kompetenzzentrum für die Telekommunikationsüberwachung“ (vgl. Schreiben vom Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Dr. August Hanning, an den Vorsitzenden des Innenausschusses des Deutschen Bundestages vom 11. März 2008) übernehmen, und wie will die Bundesregierung die Einhaltung des Trennungsgebotes zwischen Polizei und Geheimdiensten sicherstellen?

43. Abgeordneter
**Wolfgang
Wieland**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es Überlegungen der Bundesregierung, das im Aufbau befindliche „Service- und Kompetenzzentrum für die Telekommunikationsüberwachung“ (vgl. Schreiben vom Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Dr. August Hanning, an den Vorsitzenden des Innenausschusses des Deutschen Bundestages vom 11. März 2008) mittel- oder langfristig zu einer eigenständigen Behörde zu entwickeln und ihr eigene Kompetenzen für die Telekommunikationsüberwachung zu geben?
44. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Löttsch**
(DIE LINKE.)
- In welchen Bundesministerien gibt es keine Innenrevision, und warum nicht?
45. Abgeordnete
**Petra
Pau**
(DIE LINKE.)
- Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus dem Urteil des Verwaltungsgerichts Hannover ziehen, das die Datei „Gewalttäter Sport“ als rechtswidrig einstufte, da laut dem BKA-Gesetz eine nötige Rechtsverordnung fehle, die überdies vom Bundesrat abgestimmt werden müsse?
46. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Trifft die Einschätzung zu, die in der „Panorama“-Sendung vom 15. Mai 2008 mit Bezug auf die Schilderung des Falles von Michael Samir al-Ayash geäußert wurde, dass es Hunderte, vielleicht Tausende ähnlicher Fälle gibt, die nur deshalb keine deutsche Staatsangehörigkeit haben, weil bis 1974 deutsche Mütter ihre Staatsangehörigkeit nicht an ihre Kinder weitergeben konnten mit der Folge, dass vielen entweder die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland verweigert wird und andere u. U. die Abschiebung befürchten müssen, da sie trotz einer Asylanerkennung wie im Falle von Michael Samir al-Ayash nicht vor einem Widerrufsverfahren geschützt sind?
47. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Inwieweit gedenkt die Bundesregierung das Staatsangehörigkeitsrecht dahingehend zu ändern, dass die Ungleichbehandlung der Kinder von Müttern mit deutscher Staatsbürgerschaft, die vor 1975, und denen, die nach 1975 geboren wurden, beendet wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

48. Abgeordnete
Cornelia Pieper
(FDP)
- Gibt es Pläne, eine Mindestverweildauer im Basis-tarif des aufnehmenden Unternehmens vorzusehen im Hinblick darauf, dass das GKV-Wettbewerbs-stärkungsgesetz für Privatversicherte die Möglich-keit vorsieht, in der ersten Jahreshälfte 2009 unter Mitnahme eines Teils der Alterungsrückstellung in den Basis-tarif eines anderen Unternehmens zu wechseln, wobei allerdings über das Tarifwechsel-recht des § 204 des Versicherungsvertragsgesetzes die Möglichkeit besteht, auch in höherwertige Tarife unter Anrechnung der erworbenen Rechte zu wech-seln?
49. Abgeordnete
Cornelia Pieper
(FDP)
- Mit welchen Auswirkungen auf den Wettbewerb rechnet die Bundesregierung durch diese Regelun-gen im Rahmen des Basis-tarifs?
50. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung an ihrer Ankündigung fest, „bis spätestens Mai 2008 eine vollständige Kfz-Steuer-Novelle [zu] beschließen“ (Bundesministe-rium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicher-heit „Das integrierte Energie- und Klimapakete der Bundesregierung, Dezember 2007) und dabei die CO₂-Emissionen in die Bemessung der Steuer einzu-beziehen, und welche kompensatorischen Maßnah-men plant die Bundesregierung, um die Lücke zu schließen, die bei Verspätung oder Ausfall der Kfz-Steuer-Novelle in ihrem Integrierten Klima- und Energiepaket gerissen würde?

